

Stades Chancen steigen

Ringen um Standort für LNG-Terminal geht weiter – Bauernprotest gegen Brunsbüttels Pipelineprojekt

Von Karsten Wisser

LANDKREIS. Im Ringen um den deutschen Standort für einen LNG-Terminal gibt es neue Entwicklungen. Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade wollen das Terminal für verflüssigtes Erdgas. Jetzt haben Landwirte Widerstand gegen die Pipeline-Trasse angekündigt, die Brunsbüttel braucht, um als Standort im Rennen zu bleiben.

Bis vor kurzem galt Brunsbüttel als Favorit bei der Standortwahl. Dann wurde bekannt, dass sich ein Konsortium unter anderem mit der Dow Chemical in Stade um die 500-Millionen-Euro-Investition bewirbt. Die US-Regierung unterstützt diese Pläne, weil sie die Ostsee-Pipeline zwischen Russland und Deutschland torpedieren will. Einsatzgebiet für das LNG (Liquified Natural Gas) ist unter anderem das Betanken von Schiffen. Über das Terminal soll aber auch ein Teil der deutschen Haushalte und Betriebe versorgt werden.

In Rahmen einer nicht-öffentlichen Antragskonferenz im Kreishaus in Stade haben die Landwirte aus der Region ihren Widerstand gegen den Pipelinebau angekündigt, den Brunsbüttel braucht, um das per Schiff aus den USA angelieferte Gas in das

Netz einspeisen zu können. Dafür ist eine Leitung unter der Elbe hindurch bis südlich von Stade nötig. Die Kosten dafür werden

auf 70 bis 100 Millionen Euro geschätzt.

„Von uns gibt es ein klares Nein“, sagte der Stader Kreislandwirt Johann Knabbe. Die Landwirte seien vom Flächenverbrauch durch viele andere Projekte schon genug betroffen. Knabbe: „Wenn es eine Möglichkeit gibt, das LNG-Terminal mit weniger Flächenverbrauch zu realisieren, ist das der richtige Weg. Notfalls gehen wir vor Gericht.“ In

Stade müsste auch eine Pipeline verlegt werden, aber nur über eine deutlich kürzere Strecke von vier bis sechs Kilometern.

Für die Bewerbung von Brunsbüttel sei das anstehende Raumordnungsverfahren eine schwere Hypothek, sagte der Stader CDU-Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann. Er führt aktuell zahlreiche Gespräche zum Thema LNG. In seiner Funktion als Vorsitzender der Küstenparlamentarier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war Grundmann am Donnerstag zum Arbeitsfrühstück ins Kanzleramt geladen. Grundmann: „Ganz oben auf unserer Agenda standen Planung und Bau eines LNG-Import-Terminals. Ich habe der Kanzlerin verständlich aufgezeigt, dass wir in der Standortfrage sehr genau abwägen müssen.“ Er könne nachvollziehen, dass die Landwirte auf die Barrikaden gehen. Stade könne durch seine Nähe zu Hamburg und die Möglichkeit einer direkten Einspeisung ins Erdgasnetz punkten. Grundmann kündigte an, dass es bereits in der kommenden Woche weitere Entwicklungen in der Standortfrage geben werde.



Oliver Grundmann überreichte Angela Merkel nicht nur Äpfel aus dem Alten Land, sondern informierte sich auch über den Sachstand zum Thema LNG.

Foto: rn